

a.o. Kreisparteitag Saarbrücken-Land
16. November 2019, Turnhalle Sitterswald

Resolution zum Erhalt der saarländischen Stahlindustrie - Wir stehen zusammen. Stahl hat Zukunft. -

Über Jahrhunderte wurde die Geschichte des Saarlandes sowie die Lebenswirklichkeit der Saarländerinnen und Saarländer durch die Gewinnung von Kohle und die Produktion von Stahl geprägt.

Seit wenigen Jahren steht der letzte Förderturm im Saarland still und der Bergbau gehört der Vergangenheit an.

Aufgrund der sich verschlechternden Konjunktur, Billigstahl aus anderen Ländern, Handelskonflikten, etc. wird nun auch die saarländische Stahlindustrie bedroht und deren Zukunft in Frage gestellt. Als Folge sollen nun 1500 Stellen bei Dillinger und Saarstahl abgebaut werden. Weitere 1000 Stellen sollen ausgelagert werden.

Der SPD Kreisverband Saarbrücken-Land stellt sich gegen diese Pläne. Wir stehen zum Stahl und kämpfen an der Seite der Beschäftigten um jeden einzelnen Arbeitsplatz!

Wir unterstützen die 14 Forderungen und Positionen der IG Metall zum Erhalt der Arbeitsplätze innerhalb der saarländischen Stahlindustrie.

Viel zu schnell wird bei finanziellen Verlusten des Konzerns mit einem großen Stellenabbau gedroht. Doch die Probleme sind tiefgreifender. Anstatt über den Abbau von Arbeitsplätzen zu reden, sollte der Vorstand konkrete Maßnahmen vorlegen, welche Zukunft für die saarländische Stahlindustrie schaffen. Diese Maßnahmen müssen mit dem Betriebsrat verhandelt werden. Eine Umgehung der Montanmitbestimmung ist inakzeptabel.

Doch uns ist auch bewusst, dass die Zukunftsfähigkeit und die Unabhängigkeit der saarländischen Stahlindustrie auch von der Unterstützung aus der Bundespolitik und der Europäischen Union abhängen.

Klimaschutz wird es nicht zum Nulltarif geben und die sozialökologische Wende kann nur gelingen, wenn auch entsprechende Investitionen getätigt werden. Ein finanziell schwach aufgestelltes Bundesland, wie unser Saarland, benötigt hierfür Mittel aus den Berliner und Brüsseler Geldtöpfen. Wer an dem Dogma der schwarzen Null festhält und hierfür heimische Arbeitsplätze aufs Spiel setzt, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Wir fordern, dass der Bund und die EU ausreichend Gelder zur Verfügung stellen, damit eine soziale und ökologische Transformation gelingen und im Saarland künftig „grüner Stahl“ mit CO₂-freiem Strom produziert werden kann. Hierfür bedarf es zunächst eines Zukunftskonzepts, wie und woher die saarländische Stahlindustrie künftig den CO₂-freien Strom beziehen wird.

Wir stehen zur Dekarbonisierung und wollen den Klimaschutz aktiv vorantreiben. Die CO₂-Reduzierung darf aber nicht zu einer Deindustrialisierung führen. Dem Klima ist nicht geholfen, wenn wir die heimische Stahlindustrie, welche bereits vergleichsweise weniger CO₂ verbraucht, zurückfahren und gleichzeitig Stahl importieren, der zu schlechteren Umwelt- und Arbeitsbedingungen woanders auf der Welt produziert wird.

Deshalb bedarf es neben der finanziellen Förderung auch weiterer Maßnahmen, die den Import von Stahl unter anderem aus Russland, der Türkei oder China regulieren. Die Bundesregierung und die Europäische Kommission müssen umgehend Schutzmaßnahmen entwickeln, die einen weiteren Anstieg der Stahl-Importe verhindern. Zudem muss der importierte Stahl, welcher unter einem starken CO₂-Ausstoß produziert wird, durch eine hohe Umweltabgabe besteuert werden. Wir unterstützen und fordern daher eine Green-Border-Tax.

Uns ist die Bedeutung der saarländischen Stahlindustrie bewusst. Die Stahlindustrie ist systemrelevant, denn ohne Stahl werden kein Auto der Zukunft, keine Brücke und auch kein Windrad gebaut. Tausende von Arbeitsplätzen hängen direkt und indirekt mit der saarländischen Stahlindustrie zusammen. Wir stehen zusammen und kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Wir wollen Zukunft schaffen, denn unser Stahl hat Zukunft.